

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis durch die Post bezogen vierteljährlich 3,00 M. Anzeigenpreis: Die 6 gespalt. Millimeterzeile für Arbeitsgehalte 1,00 M. Geschäfts- u. Privatanzeigen 1,20 M.

Eigentum des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Schriftleitung u. Geschäftsstelle: Duisburg, Stapelhof 17. Fernruf 8366 und 8367. Schluss der Redaktion: Samstags morgens 11 Uhr. Zuschriften u. Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Nummer 15

Duisburg, den 9. April 1921

22. Jahrgang

Gewerkschaftliche Bildungsarbeit

Franz Herschel

Wenn man heute in unseren Kreisen ein lebhaftes Bildungsstreben beobachtet, so ist dies ein Zeichen dafür, dass die Gewerkschaften sich endlich der Aufgabe widmen, die ihnen durch die Entwicklung der Wirtschaft auferlegt ist. Die Gewerkschaften sind nicht nur die Organisatoren der Interessen der Arbeiter, sondern auch die Träger der Bildung. Die Bildung ist die Grundlage für die Erhaltung der Arbeitskraft und die Voraussetzung für die Teilnahme an der Gestaltung der Wirtschaft. Die Gewerkschaften müssen sich daher der Aufgabe widmen, die Arbeiter zu bilden und sie zu befähigen, die Verantwortung für die Gestaltung der Wirtschaft zu übernehmen.

Welchen Bildungsansprüchen, die heute den Gewerkschaften obliegen, sind zwei Arten zu unterscheiden: vorübergehende und bleibende.

Betrachten wir zunächst die vorübergehenden Bildungsansprüche der Gewerkschaften, d. h. diejenigen, welche die Gewerkschaften augenblicklich zu erfüllen haben, an deren Lösung sie aber in späteren Jahren nicht mehr zu arbeiten brauchen! Woher kommen diese Ansprüche? Um ihren Ursprung zu erkennen, müssen wir uns vergegenwärtigen, welche Wandlungen das Wirtschaftsleben, das der Durchschnittsmensch befeuert, erfahren hat. Seit der Mitte des 19. Jahrhunderts hat Deutschland bekanntlich eine neue Wirtschaftskrise betreten. Nachdem im Jahre 1833 der deutsche Zollverein gegründet worden war, blühte das volkswirtschaftliche Leben schnell auf und bald steuerten wir mit vollen Segeln in die Weltwirtschaft hinein. Die Förderung von Rohstoffen, die Intensivierung der Landwirtschaft, die Weiterverarbeitung der Erzeugnisse, Handel und Verkehr — das alles nahm vorher unbekannte Formen an. Kurz, das gesamte deutsche Wirtschaftsleben und mit ihm die sozialen Verhältnisse Deutschlands haben in kurzer Zeit eine grundlegende Umwälzung erfahren. Das Leben ist in diesem Zusammenhange sogar das wichtigste. Denn die alten sozialen Zusammenhänge und Bindungen werden gewaltig und rasch gebrochen, der wirtschaftende Mensch wird in eine neue und komplizierte Umgebung gestellt. Will der Mensch sich in einer Atmosphäre behaupten, so muß er sie gründlich kennen lernen. Der Bergmann, der über die geologischen Eigentümlichkeiten seines Stollens nicht unterrichtet ist, läuft Gefahr, von dem Gestein getötet zu werden. Genau so kann sich der Arbeiter in modernen Wirtschaftsleben nur dann behaupten, wenn er wirtschaftlich und technisch genug aufgeklärt ist: sonst kommt er unter die Räder. Daher ist nicht nur das wirtschaftliche und soziale Leben Deutschlands umgestaltet worden, sondern zugleich haben sich die Ziele der Allgemeinbildung geändert und erweitert. Dazu gesellt sich noch etwas anderes. Es stellte sich nämlich nicht allein objektiv die Notwendigkeit einer neuen Bildung heraus, vielmehr wird diese Bildung von den Massen des Volkes mit einer Wucht verlangt wie nie zuvor. Unser Volk fordert Anteil an den Gütern der Kultur und — das hängt damit zusammen — Mitbestimmungsrechte. Das machte ebenfalls eine erhöhte Volksbildung in dem genannten Sinne erforderlich. Denn: will das deutsche Volk so mitwirken, wie das vor allem in der Weimarer Verfassung und im Vertriebsgesetz zum Ausdruck gekommen ist, so kann es das nur, wenn es über die nötige Bildung verfügt.

Unter dieser Entwicklung ist die Schule erheblich zurückgefallen. Darin soll kein Tadel gegen die deutsche Schule liegen. Es muß sogar anerkannt werden, daß sie sich bemüht hat, dem Neuen Rechnung zu tragen. Aber alle diese Bemühungen reichten nicht aus. Der Wissensstoff der Volksschule umfaßt bis heute keineswegs alles, was nötig ist. Somit haben wir die Aufgabe zu verzeichnen, daß es unserem Volke jetzt an Bildung fehlt. Wer soll die Lücke ausfüllen? Die Schule? Das ist ausgeschlossen; kann man doch nicht ein ganzes Volk auf die Schulbank setzen. Soll man besondere Bildungsanstalten errichten? Auch sie könnten im allgemeinen der Aufgabe nicht Herr werden; sie wären kostspielige Organisationen und kämen doch nicht an die Masse heran. Nur die Gewerkschaften sind in der Lage, Abhilfe zu schaffen und Organe der Volksbildung zu werden. Ich wüßte wenigstens nicht, wer sonst dazu im Stande wäre.

Indessen, diese Bildungsansprüche sind zum Teil nur vorübergehend, da die erwähnten Bildungsansprüche bei späteren Geschlechtern nicht mehr in diesem Umfang vorhanden sein werden, wenn erst die Schule sich stärker auf die neuen Verhältnisse eingestellt hat. Allerdings wird diese Einstellung nur in beschränktem Maße gelingen. Der Schule wird es unmöglich sein, alles das zu vermitteln, was notwendig ist. Dazu ist schon die Schulzeit viel zu kurz. Teilweise handelt es sich aber auch um Dinge, die erst in reiferen Jahren und nur in Verbindung mit praktischer Betätigung verstanden werden können. Es bleibt aber ein Rest von notwendiger Volksbildung, den in das Volk zu tragen die Schule niemals in der Lage sein wird. Hier haben wir die dauernden Bildungsansprüche der Gewerkschaften vor uns.

Aus diesen Überlegungen folgt zweierlei: Zunächst bringen sie uns die Erkenntnis von der hohen kulturellen und ethischen Aufgabe der Gewerkschaften. Und dann gewinnen wir aus ihnen die richtige Einstellung zu den Bildungsansprüchen. Selbstverständlich sind die Bildungsansprüche zu berücksichtigen und mit allen Mitteln zu fördern. Jedoch darf man in ihnen nicht allein das Heil erblicken. Wir müssen bei unserer Bildungsarbeit weiter ausbilden. Schon darum ist es falsch, nur Betriebsrätschulung vorzunehmen, weil der Betriebsrat auch andere wichtige öffentliche Funktionen zu erfüllen hat. Nicht nur als Betriebsrätsmitglied, sondern auch als Vertreter der Schlichtungsausschüsse und Gewerbevereine, als Vorstandsmitglied der Krankenkassen, als Stadtverordnete, als Mitglieder der Arbeitsgemeinschaften usw., müssen unsere Kollegen ein hohes Maß von Bildung aufweisen. Nicht ist es auch, nur einige zu schulen, insbesondere nur diejenigen, die zufällig in einem Betriebsrat sitzen. Wollen wir wahrhaft weiterkommen, so müssen wir die Bildung der großen Masse heben. Nicht einige wenige dürfen wir züchten, die weit den Durchschnitt überragen, sondern ein wohlgebildetes Gesamtvolk muß heranwachsen. Denn das Hauptziel unserer Bildungsarbeit muß sein, daß das Volk als Ganzes die modernen wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhänge begreifen lernt.

Diese Forderung nach Hebung der Allgemeinbildung haben wir gewerkschaftlich begründet: man muß sie aber auch — das kann hier nur gestreift werden — vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus erheben. Deutschland kann nur dann wieder aufblühen, wenn es effizienter und hochwertiger Arbeit leistet. Wir sind das Arbeitsmervel der Welt geworden, und je weiter unsere Arbeit ist, um so höher wird sich unser Einkommen stellen. Qualitätsarbeit kann aber erfahrungsgemäß nur ein intelligenter und geschulter Arbeiter leisten.

Ist dem so, so müssen die Gewerkschaften aus ihrem eigenen Interesse wie aus dem Interesse der Gesamtheit heraus energisch in diesem Sinne arbeiten, und zwar in doppelter Weise. Zum ersten müssen die Gewerkschaften die Förderung an den Staat stellen, daß er einen genügenden Unterbau für die gewerkschaftliche Bildungsarbeit schafft durch Weiterentwicklung der Volks- und Fortbildungsschule. Auch muß der Staat besonders fähigen die Möglichkeit gewähren, ihre Bildung auf Arbeiterakademien zu verbessern. Zum anderen müssen die Gewerkschaften das große Mittelstück der Volksbildung selbst in die Hand nehmen, wobei insbesondere vorzugehen ist. Wenn die Gewerkschaften in dieser Beziehung ihren Aufgaben gerecht werden wollen, so dürfen sie die Schulung ihrer Mitglieder nicht dem Zufall überlassen, sondern sie müssen ein planmäßiges Unterrichtswesen aufbauen, ähnlich wie es die Gewerkschaften haben. Ich sage ausdrücklich: ähnlich. Denn natürlich müssen Art und Inhalt des Unterrichts im einzelnen anders sein als dort, aber die gut durchgeführte Methode der dort geleisteten Arbeit muß auch bei uns ihren Einzug halten und von uns noch vertieft werden.

Verkaufsabgabe u. Wirtschaftsleben

Der Abbruch der Londoner Verhandlungen hatte bekanntlich die Besetzung eines neuen Streifen deutschen Landes durch die Entente zur Folge, die in den beiden Hauptnotenpunkten des rheinisch-westfälischen Wirtschaftslebens, Duisburg und Düsseldorf, die Schlagadern des Industriezentrums in die Hände bekam. Auf Verfügung der Entente wurde die Verkaufsabgabe eingeführt, über deren Höhe im allgemeinen noch schwankende Angaben gemacht werden. So viel ist aber als sicher anzusehen, daß durch den neueingeführten Rheinzoll und die Verkaufsabgabe das deutsche Wirtschaftsleben vor einer schweren, vielleicht sogar vor seiner schwersten Krise steht, die in ihren Wirkungen besonders auch die Arbeiterklasse in die schwierigste Lage bringt.

Wie ernst fahrende deutsche Wirtschaftler die Situation ansehen, dafür geben einige Auslassungen Zeugnis, die die „Rh.-W. Ztg.“, Nr. 231, veröffentlicht:

Der Generaldirektor eines großen Werkes der Eisenindustrie im neubefetzten Gebiet schreibt:

„Das eine läßt sich heute wohl schon mit voller Sicherheit sagen, daß eine solche Schranke und die Erhebung von Zöllen unter allen Umständen eine Erschwerung des Verkehrs und eine Verteuerung der Erzeugung hervorrufen müssen. Bei der engen und ganz unelastischen Verflechtung der gewerblichen Tätigkeit dieses und jenseits der Grenze des besetzten Gebietes werden die Nachteile und Schäden für beide Bezirke in gleicher Schärfe sichtbar werden. Es wird das, worauf man zur Aufklärung der Arbeiterklasse nicht früh und erst genau hinweisen kann, unweigerlich zur Folge haben, daß Betriebs-Einstellungen und Stillsetzungen erfolgen. Hierzu zwingt die Abfahrtskrise, die in der ganzen Welt herrscht und die es verbietet, beliebige Lohnsteigerungen eintreten zu lassen. Ob die Stilllegung von Betrieben und die daraus folgende Arbeitslosigkeit im besetzten oder unbefetzten Deutschland stärker werden wird, läßt sich schwer vorherzusagen. Das mit zahlreichen Betriebsstillsetzungen, mit der Verkehrs-Erschwerung und der neuen Zollbelastung die Zahlungsfähigkeit Deutschlands nach viel stärker und in immer schneller steigendem Maße abnehmen, für unsere Freunde also genau das Gegenteil von dem eintreten wird, was sie wollen, nämlich eine stärkere Zahlung von Kriegsschuldigkeiten, liegt für jeden, der im deutschen gewerblichen Leben steht, klar auf der Hand. Daß mit der weiteren Verarmung Deutschlands naturgemäß auch die gewerbliche und Handels-Tätigkeit in den feindlichen Ländern zurückgehen muß, unterliegt auch keinem Zweifel, denn die seit Kriegsende verfloßene Zeit, in der die Weltwirtschaft wieder langsam angeht, hat in Gana w-

kommen, hat doch aufs schlaueste bemerkt, daß es ohne die schärfsten Schädigungen auch des feindlichen Handels nicht möglich gewesen ist und bleiben wird, Mittel-Europa von der Teilnahme am Weltverkehr auszuschließen.

Alles in allem genommen wird jedoch die ganz sicher zu tretende Wirkung der Erhebung von Zöllen durch die feindlichen Mächte nicht nur eine Herabsetzung der deutschen Wirtschaftskraft und eine Verelendung der deutschen Arbeiterklasse, sondern auch eine weitere schwere Schädigung von Handel und Industrie in den feindlichen Ländern und der ganzen Welt, die am Weltmarkt und damit an der Erhaltung Deutschlands als lebenswichtigen Bestandteil desselben interessiert die Welt herbeiführen.“

In Fachkreisen für Steinkohlen-Nebenprodukte wird die Lage wie folgt beurteilt:

„Nicht die Entente auf solche Austauschartikel, Rohstoffe, Holzwaren und Textilfabrikate, die Hälfte der Warenwerte ein, ohne daß diese Gelder erlost werden, so stehen diese Wirtschaften vor dem Ruin, welche einen Zusammenbruch unbedingt herbeiführen müssen. Es wird, treten diese Nebenvermögen ein, schon sehr bald ein Nachlassen der Arbeitskräfte zu sehen. Die rechtsrheinischen Industrien werden in wenigen Wochen ihre Pforten mit unabwehrbaren Waren und Gütern gefüllt haben. Weltmarktlosigkeit der Arbeiter wird sehr bald und sehr weit um sich greifen. Nirgendwo ist daher ein Nutzen für die Entente zu erblicken.“

Ein bedeutendes Werk der westfälischen Metall-Industrie, das mit dem besetzten Gebiet besonders enge Beziehungen unterhält, befürchtet das Schlimmste:

„Das Vorhaben der Entente, einen Rheinzoll einzuführen, hat die allgemeine Ansicht an neuen Verhältnissen noch vermehrt. Wirtschaften der neuen besetzten Gebiete — und das ist ja gerade der Industriebezirk — sind vorläufig ganz illusorisch. Die letzten Auswirkungen der Entente-Maßnahmen sind heute noch nicht zu übersehen, zumal definitive Mittelungen von der Entente über die Höhe des Zolles und über die Art der Eintreibung noch nicht vorliegen. Wir selbst werden durch die Entente-Maßnahmen in direkter Weise zunächst berührt, weil wir zahlreich: Geschäftsverbindungen nach den besetzten Gebieten unterhalten, die jetzt lahmgelegt zu werden drohen. Wir besitzen zudem im besetzten Gebiet eigene Werke, die auf die Stammlirne im unbefetzten Gebiet durch Bezüge angewiesen sind. Der Verkehr wird durch die Zollmaßnahmen erschwert, die Bezüge werden verteuert. Die Nachteile, die uns durch den Rheinzoll erwachsen, sind daher einschneidend: sie liegen für uns mehr bei der Ausfuhr als in der Einfuhr. Die deutsche Industrie muß wünschen, daß die Gewaltmaßnahmen, seien sie wirtschaftlicher oder militärischer Art, in bald wie möglich beendigt werden, da sonst für die Zukunft das Schlimmste zu befürchten ist.“

Durch diese Maßnahmen der Entente ist die deutsche Wirtschaft, Industrie, Arbeiterschaft, Handel und nicht zuletzt das ganze deutsche Volk sehr stark gefährdet. Ob die Entente von der Zerrüttung der deutschen Wirtschaft Vorteil haben wird? Das müssen wir glatt verneinen. Je länger, je mehr wird auch das Wirtschaftsleben der Entente lächer, was es heißt, einen Wirtschaftskörper wie Deutschland aus dem Kreislauf der Weltwirtschaft heranzutrennen zu wollen. Die räuberische Wirkung macht sich bereits auch dort in großem Maße bemerkbar.

In Deutschland geht man in den meisten Kreisen und auch in der Arbeiterklasse mit einem Saito mortale über die Verkaufsabgabe hinweg und ist sich ihrer furchtbaren Größe kaum bewußt. Es heißt jetzt, beide Augen aufhalten, damit, wenn die Krise in ihrer ganzen Kraft einsetzt, wir wenigstens in etwa gerettet sind.

Wirtschaft und moderne Technik

Den innigen Beziehungen, die zwischen der neuzeitlichen Technik und unserer heutigen Wirtschaft bestehen, gäben die einige Vorträge, die Professor Dr. Sombart in dem von der Deutschen Hochschule für Politik vor kurzem veranstalteten 3. Abendkursus über Wirtschaft und Technik in Berlin hielt. Wir wollen ein paar markante Gedanken daraus wiedergeben. Sombart ging von der Erklärung des Begriffes „Moderne Technik“ aus. Ihr eigentliches ist die „Emanzipation von den Schranken der organischen Natur“. Die Durchbrechung dieser Schranken im 18. Jahrhundert ist eine Folge der Fortschritte der Naturwissenschaften. Der Durchbruch zeigte sich bald in einer Veränderung bei der Nutzung der Stoffe; man ging immer mehr von dem Gebrauch der Stoffe zum Gebrauch organischer (mineralischer) Stoffe über. So ersetzte man vielfach das Holz durch Eisen, Pflanzenfarbstoff durch solche aus der chemischen Fabrik. Auch in der Arbeit zeigt sich dieser Prozeß der Erhebung organischer Kräfte durch anorganische durch den Bau von Arbeits- und Kraftmaschinen. Deren Bau wurde durch Verwendung des Dampfes und der Elektrizität immer gewaltiger und führte schließlich zu dem heutigen Stande der Technik.

Diese Entwicklung war für die Wirtschaft von grundlegender Bedeutung. Ihre Folgen zeigten sich einmal in den Einzelleistungen, die vervollkommenet und gesteigert werden konnten. Früher war jede Leistung an die Grenzen tierischer und menschlicher Kraft gebunden. Große Kraftenergien konnte man nur durch Anhäufen der Einzelkräfte gewinnen. Aber jetzt die so erzielten gewaltigen Leistungen (man erzählt, daß unter Ramses II. im alten Ägypten für den Transport des Steinmonolithen von Ammon 8368 Sklaven benötigt wurden) werden heute durch die einfachsten Maschinen, die eine Kraftgetriebsstation darstellen, übertroffen. Die zweite Folge ist die Rationalisierung des Arbeitsprozesses. Während früher die Arbeit ein Ausfluß der Persönlichkeit war, wird heute nach sachlichen

Geschäftspunkten, geschafft. Grundsätzlich ist die Arbeit vom Menschen losgelöst und nach der Zweckmäßigkeit gesteuert. Der wichtigste Erfolg der Lösung der Arbeit von der Sinnesempfindung ist aber die größere Exaktheit, von der heute die Produktion beherrscht wird. Schließlich kann mit Hilfe der modernen Technik die Produktion erheblich schneller erfolgen, und vor allem unabhängig von Ort und Zeit.

Damit ist aber das seelische Moment aus der Arbeit gerissen und die Arbeit zur Debe geworden. Durch bloße Rationalisierung kommt die Mechanisierung und damit die geistige Entfremdung vom Arbeitsprozess. Wenn die Arbeitsfreude gesteigert werden soll, dann muß der Arbeiter seelisch und materiell der Produktion näher gebracht werden. (D. Neb.)

Diese Verbesserungen der Einzelleistungen sind aber gering zu veranschlagen gegenüber der Vermehrung des Stoff- und Kraftvorrats, über den die Menschheit durch das Einbringen in die anorganische Welt heute verfügt. Die größte und ausschlaggebende Bedeutung der modernen Technik für die Wirtschaft liegt darin, daß man mit ihrer Hilfe die Nutzung der anorganischen Stoffe gelernt hat. Früher war die Erzeugung maximal gebunden an die Energien, die durch die Sonnenwärme zur Verfügung standen. Es ist bekannt, daß im Jahre 1740 die englische Eisenproduktion (die damals 17 900 Tonnen betrug), aus Mangel an Holz nicht weiter gesteigert werden konnte. Erst das mit Hilfe der Technik erschlossene Kohlenwasserstoffreservoir, in dem Sonnenenergien von Millionen Jahren aufgespeichert sind, hat hierin eine Wende geschaffen. Durch das Angreifen dieses Reservoirs ist es erst möglich geworden, die Erzeugung von Wirtschaftsgütern auf die heutigen gewaltigen Mengen zu steigern. Wollten wir diese Menge noch mit den Mitteln organischer Herkunft herstellen, so müßte die Erde rund hundertmal größer sein. Diese Steigerung der Produktion ist wiederum der wesentlichste Grund für die Industrialisierung in den verschiedenen Ländern. Und erst die Industrialisierung ist die Ursache für das Aufsteigen und Bestehen der sozialen Probleme. In dieser Beziehung hat die moderne Technik also mittelbar die Gesamtstruktur der Wirtschaft verändert.

Für die „Herren“ gute Tage, für die Massen den Tod.

In den beiden letzten Wochen tobte an verschiedenen Stellen in Deutschland wieder ein Kommunismassenaufstand, auf dessen innere Ursachen und Wirkungen wir noch zu sprechen kommen werden. Ohne jeden Grund, nur auf Befehl Moskaus, dem langsam die Felle wegzuschwimmen beginnen, mußten Putzge in den Mitteldeutschland, die anerkannt rote Hochburg und Heimat des Hölz, der Hauptkauptplatz, von dem die Fäden auch nach dem übrigen Deutschland herübergriffen. Fregeführte, denen sich Verbrecher zugesellen, durchschüttelten wieder einmal unser Wirtschaftsleben, nachdem die kommunistischen Zeitungen ihre Genossen bis zur Stillebringe gebracht hatten.

Die kommunistischen Massen standen auf und hatten im Handumdrehen nicht nur Pistolen; sondern Gewehre, M.-G., Geschütze usw., die sie in welcher Anzahl verheert gehalten hatten und begannen den Kampf gegen Ordnung und Demokratie.

Die kommunistischen Zeitungen und Führer mußten gut genug, daß es für die Kommunisten ein ungleicher Kampf würde, aber nichtsdestoweniger wurden die bedrückten Massen zur größeren Ehre Moskaus, ins sichere Verderben geschickt. Immer feste druff. Moskau wollte Blut sehen, wie selbst das unabhängige Zentralorgan „Freiheit“ schrieb. Das war Grund genug, warum die größtentils eleganten Herren Führer zu der „Erkenntnis“ kamen, daß etwas Proletariatsblut der kommunistischen Sache nicht schaden könne. Warum auch nicht? Was hängt denn an so ein paar Lumpen Proletariatsleben? Menschenseelen, weinende Frauen und ein paar Waisen! Das ist doch des Aufhebens nicht wert! Wenn nur die „Führer“ oben bleiben!

Und wo waren die Herren? Die unabhängige „Freiheit“ gibt die Antwort darauf:

Dr. Kurt Geher ist in Moskau. Otto Braß ist auf dem Wege nach Rußland, ebenso Wilhelm Koenen. Bei Wilhelm Koenen ist es beinahe selbstverständlich, daß er nie in Mitteldeutschland ist, wenn dort die Situation sich zuspitzt; denn er ist der bewährte Führer des revolutionären mitteldeutschen Proletariats. Friedrich Federer, Führer der Zentrale, ist Koenens Begleiter auf dem Wege nach Rußland. Adolf Hoffmann hat sich von seinem Arzt die Notwendigkeit einer mehrwöchigen Erholungsstube anraten lassen. Ledig hat sich nach dem Ausland, zum Unterschied von den anderen, nicht nach dem Norden, sondern nach dem Süden begeben. Von Däumig, der während des Kapp-Putsch die Berliner Arbeiterschaft mit aller Energie von trübsigen Putschversuchen abgeraten hat, ist in dieser Situation nichts mehr zu sehen und zu hören.

Also in Moskau oder im sonnigen Süden. Wir geben uns sehr berechtigten Zweifeln hin, ob die Herren sich mit einer Proletariatsnahrung begnügen, sondern glauben vielmehr, daß Herren Sinowjew-Phelbaum's bestbekannte Küche und guter Weinkeller sie leicht über die „Schmerzen“ des Daseins bringen wird.

Und die Massen, die von eben diesen Herren „geführt“ wurden?

- In Essen: 23 Tote, 46 Verwundete.
In Dagerfeld: 40 Tote und Verwundete.
In Gabelberg: 20 Tote und Verwundete.
In Ammendorf: 80 Tote und Verwundete.
In Wiehe: 15 Tote, 36 Verwundete.
In Weihenfeld: 50 Tote und 70 Verwundete.
Und so kann die Liste fortgeführt werden.

Während in den Familien Klage und Jammer herrscht, gehen die Herren „Führer“ in Rußland recht sorgenlos zur Ruhe. Ihnen tut ja der Kram nicht weh.

Die Gerichte haben wieder Arbeit bekommen. Nicht die Führer stehen dort, sondern die Fregeführten. Nicht der Arbeitsmann, der mit kommunistischen Phrasen benebelt wurde und zur Tat schritt, ist der wahrhaft Schuldige, sondern diejenigen, die jahrelang schürten und sich dann aus dem Staub machten. Die müssen gefaßt und abgeurteilt werden. Regierung — Sandgras, sei darin hart!

Offenlich steht die irreführte radikale Arbeiterschaft ein, daß sie von ihren „Führern“ nur für deren egoistische Zwecke

missbraucht wird. Das muß der falschgeleiteten Arbeiterschaft die Augen öffnen. Dann wird sie einsehen, daß nicht mit Phrasen und Beschreibungen ein wirklicher Aufstieg der Arbeiterschaft sich vollziehen kann, sondern nur durch praktische gewerkschaftliche Arbeit.

Die Pleite der roten Internationale

Die rote Internationale, der Popanz aller sozialistischen Parteien und Gewerkschaften, war zu Beginn des Krieges elend in die Irre gegangen und wurde nach dem Kriege mühsam wieder zusammengeleimt. Aber es war jetzt nicht eine Internationale mehr, sondern es traten gleich drei auf den Plan, von denen jede behauptete, den echten Marxismus zu verkörpern. Die zweite Internationale umfaßt die Mehrheitssozialisten der verschiedenen Länder; die Internationale 2.5 die Unabhängigen und in der dritten Internationale herrscht die Gabel von Moskau.

Wurde schon dadurch die Einheit der „Proletarier aller Länder“ auf das Äußerste gefährdet, so noch mehr durch die verschiedenen Reaktionen innerhalb der einzelnen Internationalen. Moskau überließ den deutschen Kommunistenführer Lebb, der in der stillen Abwesenheit trägt; in Italien stehen die Radikalen gegen Moskau und in der Frage der Masseregierungen durch die Entente waren alle Internationalen ein aufgestörter Amelienhaufen.

Vor kurzem haben sich über diese Fragen zwei rote Arbeiter in den Haaren gefangen, die sich gegenseitig mangelndes sozialistisches Bewußtsein vorwarfen, nämlich das Zentralorgan der M.-S., „Vorwärts“, das sicher die Auffassung des Vorstandes der mehrheitssozialistischen Partei vertritt und die führenden Sozialisten in Belgien, an ihrer Spitze der sozialistische Minister Vandervelde.

Und also fährt in roter Proletariatsliebe der „Vorwärts“ die belgischen Genossen an, von denen er vorher eine Abfanzelung erhalten hat:

Es genügt, die brutalen Tatsachen der Mordanschläge (D. N.) zu betrachten und die allgemeine Haltung und Schreibweise des belgischen Parteizentralorgans der belgischen Partei zu verfolgen, um zu wissen, daß es sich da weniger um eine Frage des ungenügenden Einflusses der Sozialisten in der Regierung als um eine Frage des mangelnden sozialistischen Bewußtseins handelt. Das belgische Argument der belgischen Sozialisten, daß sie den Wünschen des Volkes Rechnung tragen müssen, können wir nicht mehr gelten lassen, weil nach unserer letzten Heberzeugung, der Rote internationale Sinne zu beeinflussen. Er führt nicht, sondern er läßt sich führen. Am 8. März veröffentlichte der belgische Arbeiterzeitung ein Artikel von Jules Ren über die deutsche Sozialdemokratie, der sicherlich gar nicht schlecht gemeint war, der aber wie ein Hohn klang: Wir, die belgischen Sozialdemokraten, hätten es in der Hand, wenn wir uns nur zu dem Verständnis unserer Pflichten und zu der Tapferkeit antraufen, die die uns obliegende Rolle erfordert, die ganze europäische Krise zu lösen! Wir wollten den Mut haben, endlich mit allem zu brechen, was in Berlin und München die Oligarchie der Erblichen und der Junker zu neuem Leben befehle. Und hier rief Lebb aus: „Welche tollste und egoistische Schmach würden wir liefern, wenn wir an ihrer Stelle wären!“ Das schreibt der Führer einer Partei, die als Ganzes genommen, in den letzten Jahren immer nur Beweise eines kläffenden Kapitulierens vor jedem Nationalismus geliefert hat! Wir glauben übrigens, daß die belgischen Genossen die Stärke ihrer Stellung im Koalitionskabinet hart unterstützen, und daß sie mit etwas mehr Selbstbewußtsein die Politik ihres Landes und dadurch sogar die Gesamtpolitik des Verbandes ganz anders beeinflussen könnten, als dies bisher geschehen ist. Nebenfalls werden sie nicht bestreiten können, daß ihre bisherigen Leistungen auf diesem Gebiet die Zukunft der Zweiten Internationale anzuschweren kompromittieren.

Wenn man zu den sonstigen roten internationalen Kafelektionen allein nur die des letzten Jahres hinzufügt, dann bleibt von dem Glauben an die Wirkung der roten Internationalen nichts mehr übrig. Immer mehr ringt sich in Genossenschaften jene Ansicht durch, die in Nr. 37, 1921, im „Korrespondent“, dem Organ der sozialistischen Brüderverbände, vertreten wird und ein vollständiges Glaslo der roten Internationalitätsgedankens darstellt:

„Weltumwälzende Bedeutung werden die Internationalen doch nie erlangen, dazu sind die völkischen Gegensätze viel zu groß. Solange es Menschen gibt, wird es eben möglich sein, die nationalen Leidenschaften aufzuputtschen. Ich kann mir nicht gut denken, daß es eine Zeit geben wird, in der sich die Deutschen und Potentiaten oder Senegalneger brüderlich umarmen werden.“

Der Zusammenbruch der roten Internationale liegt darin, daß in der Bewegung die großen sittlichen Momente fehlen und man glaubt, mit einer materialistischen Lebensauffassung alles „merzen“ zu können. Das letzte Jahrhundert und der Weltkrieg haben deutlich gezeigt, wohin die Materialisierung führt. Eine wahre Internationale kann sich nur aufbauen auf dem Boden starker sittlicher Kräfte und Lebensanschauungen, wie sie in den Grundfragen der christlichen Arbeiterbewegung niedergelegt sind, die sich jetzt zu einer christlichen Internationale zusammengegliedern hat, unter Würdigung und Wahrung echten nationalen Lebens.

Streiflichter

Zur Aufklärung.

Wir erhalten von der deutschen Volkssicherung folgende Mitteilung:

Wiederholt haben wir in unserer Gewerkschaftspresse bekanntgegeben, daß sich die christl. Gewerkschaften an der Gründung der Deutschen Volks- und Gewerkschaften in hervorragendem Maße beteiligten. Beim Generalkongress der Gewerkschaften in Köln a. Rh. am 1. September 1921 wurde dem Reichsverband der christl. Gewerkschaften in Düsseldorf die Aufgabe gestellt, die u. a. die Aufgabe haben, die angestrebte Vereinigung der christl. Gewerkschaften in Deutschland zu fördern. Die angestrebte Vereinigung der christl. Gewerkschaften in Deutschland zu fördern. Die angestrebte Vereinigung der christl. Gewerkschaften in Deutschland zu fördern.

Außer den Vertretungsbeamten aus unserer Kollegenkreise sind noch sogenannte „neutrale“ Zentralorgane, Agenten oder

Vertreter für die Deutsche Volk- und Gewerkschaften tätig. Die christl. Gewerkschaften sind in direktem Verkehr mit den Zentralorganen der genannten Gewerkschaften. Es ist ihnen strengstens unterlagt, sich in keiner Weise an die Zentralorgane der genannten Gewerkschaften zu beteiligen, damit unter eigener, aber reiner Verantwortung beim Generalkongress und dem Reichsverband ein, nach welcher die zentrale Agenten hierauf ausgehen. Mitarbeiter aus unserer Reihenkreise zu gewinnen oder sich selbst in unsere Gewerkschaften zu beteiligen. Einige dieser Herren haben sich Versuche unserer Organisationen beifolgt und versuchen dieselben mit ihren Agenten- oder Inspektionsstellen. Die akzeptierten Versuche zeigen sie unsere Vorstandsmitglieder, Vertrauensleute, ja sogar Gewerkschaftssekretären vor, um dieselben zu „beweisen“, daß sie das Recht haben, sich in unsere Gewerkschaften zu beteiligen. Abgesehen von der Subdirektion in Essen-Mühl und der Generalagentur in Auer i. W. vor. Besonders lehrte hat es verstanden, sich mancherorts Einwirkung in unsere Gewerkschaften zu verschaffen und sowohl Vorstandsmitglieder wie Vertrauensleute für ihre Generalagentur zu beschaffen. So hat Gewerkschaftssekretäre haben und mitteilt, daß sie in Unkenntnis der Sachlage den neutralen Agenten Einwirkung in unsere Mitgliederkreise verschafft und ihnen Mitarbeiter zur Verfügung gestellt haben. Daß die zentrale Agenten großen Wert darauf legen, sich für ihre Zwecke unsere Mitgliederkreise zu verschaffen, braucht wohl nicht besonders betont zu werden. Vielfach versuchen sie auch, die bereits für uns tätigen Rechnungsstellenleiter und Mitarbeiter durch Anbieten höherer Provisionen zu sich herüber zu ziehen. Mit diesem Mittel haben sie gewöhnlich bei solchen Kollegen Erfolg, die für wenige Groschen bereit sind, unsere eigne Einrichtungen zu schädigen.

Wir richten an alle Gewerkschaftssekretäre, Vorstandsmitglieder, Vertrauensleute und Mitarbeiter der christl. Gewerkschaften die dringende Bitte, nur diejenigen Rechnungsstellenleiter, Rechnungsstellenleiter und Mitarbeiter zu unterstützen, welche nachweisen können, daß sie im Geschäftsverkehr mit den oben genannten Gewerkschaften des Generalkongresses und Reichsverbandes stehen. In Zweifelsfällen wende man sich direkt an diese Gewerkschaftsteilungen.

Interessenvertretung im sozialistischen Metallarbeiterverbande.

Am 2. März des Jahres 1921 konnte man in Singen a. S. an allen Telephonbüchsen, Eden und Ende der Stadt folgende Blöcke lesen:

Am 2. März des Jahres 1921 konnte man in Singen a. S. an allen Telephonbüchsen, Eden und Ende der Stadt folgende Blöcke lesen:

- 1. die gelbe Arbeiterpartei oder die rote Moskauer Internationale.
2. Antwort an die rechtssozialistischen Gewerkschaftsführer.

Ungehört seine haben sich die rechtssozialistischen Führer im Gewerkschaftskomitee benommen. Freige Anträge in der Versammlung schlenbern und jedem Gegner das Wort abhandeln, das waren die Hebelnuten dieser Führer. Die Antwort erfolgt öffentlich, Herr Bernhäuser wird, wenn derselbe nicht als feig gelten will, erscheinen. Zur Unterhaltung wird auch Herr „Dege“ eingeladen.

Auf zum Burghof.

Ortsrat der kommunistischen Gewerkschaftsmittglieder. Zur besseren Multiplikation sei unsern Lesern noch folgendes bemerkt: Die in diesem Blatte genannten Gewerkschaftsführer Bernhäuser und sein kommunistischer Kollege Mabalena haben ein gemeinsames Büro und betreiben dort die Interessen der Kollegen des sozialistischen Metallarbeiterverbandes des Kreises. Herr „Dege“ ist mehrheitssozialistischer Führer des roten Fabrikarbeiterverbandes in Singen und arbeitet mit eben genannten „Kollegen“ unter einem Dache. Man kann sich denken, wie da die Interessen der Arbeiterschaft vertreten werden.

So herum ist anders!

Sozialisten als Unternehmer war ja schon immer ein seltsames Ding. Sehr viele von ihnen haben eheste Scharfmacherallüren. Die radikalen Betriebsräte geben ihnen nicht viel nach. Sie tragen ihren „Klassenkampf“ nicht nur in den Privatbetrieb, sondern auch in rote Konsumgenossenschaften. Das erstere ist den Sozialisten aller Schattierungen annehm, beim zweiten aber wird schon „das Ganze halt“ gelassen. Während in den Betrieben der Industrie der radikale Schwärmer als immerhin noch vorwärts-treibendes Element angesehen wird, werden für die roten Konsumvereine die Tüchtigsten und Erfahrensten gefördert.

Also schreibt die sozialistische „Betriebsrätezeitung“:

Daß in die Konsumorganisationen der politische Kampf hineingetragen worden ist, ist das denkbar größte Unrecht, das sich ereignen konnte. Der Konsumverein ist eine wirtschaftliche Organisation. Alle Mitglieder haben das einziele und vollkommen gleiche Interesse, durch Selbsthilfe ihre Lebensbedingung wirtschaftlich zu gestalten. Die Parteizugehörigkeit sollte bei der Auswahl der Genossenschaftsorgane außer Betracht bleiben und nur das höchste Maß an Tüchtigkeit, Sachkenntnis und Erfahrung entscheidend sein. Daß dem leider nicht so ist, wissen wir alle. Die innere Festigkeit der Genossenschaft hat dadurch Schaden gelitten, politische Differenzen machen sich selbst zwischen Kaufmännern und Verkäufern bemerkbar. Nun sollen die Tüchtigsten und Erfahrensten, die Güter und Vorteile sind, von denen zu deren Kontrolle und Leitung sie berufen sind, selbst kontrolliert werden. Als das nicht ein vollkommener Widerspruch und eine praktische Unmöglichkeit, die zu unübersehbaren praktischen Schwierigkeiten führen muß! Von den Parteiführern soll dabei noch ganz abgesehen werden. Legist und natürlich kann eine Kontrolle doch nur von solchen Personen ausgeübt werden, die an Erfahrung und Kenntnissen den Geschäftsführern überlegen sind, also etwa von den genossenschaftlichen Amtsräten und Revisionsverbänden, die sich mit den Betriebsräten bei ihrer Revision ins Benehmen setzen können. Auch im sozialistischen Betrieb muß ein solches Unterordnungsverhältnis und eine Autorität der verantwortlichen Beamten bestehen, sonst geht es einfach nicht. Es ist unvermeidlich, daß der Vorgesetzte diesen oder jenen mal auf die Nerven zugeht, wenn er nicht schnell genug ausweicht, daran werden sie noch nicht sterben. Unfähig zu Vorarbeiten und Leitern aber sind solche Beamten, die nicht die Courage haben, ein hartes Wort zu sprechen, wo es gesprochen werden muß. Dadurch aber, daß jemand zum Betriebsrat gewählt wird, hat er noch lange nicht den Beweis erbracht, daß er nun auch befähigt ist, richtig zu leben und richtig zu urteilen. Ihren Befähigungsnachweis haben unsere Betriebsräte noch zu erbringen, sie sind doch zum erheblichen Teil auf ihrem neuen Gebiet noch Ueferlinge, das Gesellen- und Meisteramt steht sehr vielen noch bevor. Daß sich die organische Entwicklung nicht gewaltig abfüren läßt, werden auch alle Betriebsräte, die ihre Arbeit und Verantwortung nicht schuldig haben, nur Schritt für Schritt den Weg ins neue Land beschreiten.

Diesen Anforderungen an die Betriebsräte kann jeder wirtschaftlich denkende seine Zustimmung nicht verweigern. Die Sozialisten aber täten gut daran, solche Anforderungen nicht nur an die Betriebsräte ihrer Konsumvereine, sondern auch der Industrie insgesamt zu stellen.

Wie rote Generalversammlungen ausfallen.

Vor kurzem tagte oder vielmehr tobte in der Brauerei Adnighat (Berlin) die Generalversammlung der Metallarbeiter. Auf der Tagesordnung standen drei wichtige Punkte: 1. Arbeitsnachweisabkommen, 2. Rahmenabkommen, 3. Bericht über die Betriebsführung in Stuttgart.

Die Worte von der Demonstration der Gewerkschaften kann nicht besser als abstrum geföhrt werden, als ihre vorläufigen Vertreter. Der kommunistische Redner wurde von einem Augenblick mal christlich gena, den alten G.D. Kollegen haben als musterhaften Verwalter statutarische Rechte und Pflichten zu bezeichnen.

Wollen nicht endlich die Massen der Metallarbeiter aus diesem doch gewiß unbedenklichen Zustand bald die sozialistischen Schlüsse ziehen und die ganze Gesellschaft revolutionärer Hanswürste zum Teufel jagen?

Der das schreibt, ist ein Bruder aus dem gleichen Hause, nämlich das mehrheitssozialistische Zentralorgan „Vorwärts“. Diesen bemerkenswerten Bericht brauchen wir nicht mehr anzufügen. Er spricht für sich. Unsere Kollegen erleben aber daraus, wie man dort Arbeiterinteressen vertritt.

Aus der Wirtschaft

Schlüsse des Reichswirtschaftsrats zur Außenhandelskontrolle.

Der Wirtschaftspolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrats hat in seiner Sitzung am 23. März beschlossen, das Reichswirtschaftsministerium zu ersuchen:

1. In der bisherigen Weise überflüssige Auslandswaren durch Einfuhrkontrolle fernzuhalten, einem etwaigen Ausstrom unerwünschter Auslandswaren durch das besetzte Gebiet durch Einrichtung einer Kontrolle an der Rheinfront, erforderlichenfalls in Verbindung mit geeigneten steuerlichen Maßnahmen, entgegenzuwirken und bei der Handhabung der Einfuhrkontrolle die Außenhandelsstellen in der bisherigen Weise zu beteiligen.

2. Die Einfuhr solcher Waren, bei denen die Einfuhrkontrolle lediglich der Preiskontrolle dient und diese sich nach Anhörung der Fachkreise in den zuständigen Außenhandelsausschüssen und des Außenhandelskontrollausschusses des Reichswirtschaftsrates nicht mehr als durchführbar erweist, durch Aufhebung der Einfuhrverbote oder durch Ermächtigung der Zollstellen freizugeben.

3. Einem unerwünschten Ausstrom ausfuhrfähiger Waren durch das besetzte Gebiet erforderlichenfalls durch Einrichtung einer Zulassungskontrolle zu begegnen.

4. Mit dem Ausfuhrabgabenausschuss des vorläufigen Reichswirtschaftsrates zu prüfen, inwiefern die auch ferner der Einfuhrkontrolle unterliegenden Waren von der Ausfuhrabgabe zu befreien sind.

5. Sofern und soweit die bisherigen Ausfuhrabgaben aufgehoben werden, die Außenhandelsstellen zu beauftragen, unter Oberleitung des Außenhandelskontrollausschusses des Reichswirtschaftsrats mit Mitteln, die von den beteiligten Kreisen aufgebracht werden, eine Stützung derjenigen Firmen in die Wege zu leiten, welche durch die neuerlichen Erleichterungen des deutschen Außenhandels aus bereits laufenden Geschäften in ihrer Weiterarbeit ernstlich bedroht sind, und ferner mit gleichen Mitteln die Erfüllung der durch die Ausfuhrabgaben erstrebten sozialen Zwecke zu sichern.

Auf besonderen Wunsch des Reichswirtschaftsministeriums sind unmittelbar nach dem die einzelnen Ausschüsse sämtlicher Außenhandelsstellen zusammengetreten, um zu der Frage Stellung zu nehmen, ob für die von ihnen bewirtschafteten Erzeugnisse die Außenhandelskontrolle beizubehalten, aufzuheben oder abzuändern ist. Das Reichswirtschaftsministerium wird keine grundsätzlichen Entscheidungen über die gesamte Außenhandelsregelung fassen, ohne vorher die Ansichten der in den Außenhandelsausschüssen vertretenen Kreise der Industrie, des Handels und der Verbraucher gehört zu haben. Innerhalb des Reichswirtschaftsrates ist hinsichtlich der Beurteilung der Außenhandelskontrolle zu verzeichnen, nachdem letztere verschiedene Wirtschaftszweige, sowohl von Arbeiter- wie von Arbeitgeberseite, zum Ausdruck gebracht worden ist, daß eine Aufhebung der Außenhandelskontrolle mit schweren Schädigungen dieser Wirtschaftszweige verbunden sein würde. Der Vorstoß des Reichsrats, den Reichskommissar für Ein- und Ausfuhrbewilligung zur Regelung der Außenhandelskontrolle mit einer gewissen Blankovollmacht zu versehen, zielt in die gleiche Richtung.

50 Jahre Thyssen-Werke.

Am 1. April ist ein halbes Jahrhundert verfloßen, seit 1871 August Thyssen sein erstes Werk errichtete und damit den Keim zu seiner mächtigen Konzernbildung legte in der Bildung einer Kommanditgesellschaft unter dem Namen Firma Thyssen und Co. in Mühlheim a. M. zur Betriebung eines Hüttenwerkes.

Auf einem Bauernhof wurde damals ein kleines Bandelienwalzwerk errichtet, das einen Wert von 62.500 Talern ausmachte und 70 Arbeiter beschäftigte. Das Unternehmen wurde in der Form einer Kommanditgesellschaft gegründet, wobei August Thyssen persönlich haftender Gesellschafter war und sein Vater sich mit einer Einlage von 35.000 Talern als Kommanditist beteiligte. Ein einfaches Stallgebäude wurde zum Bürohaus und zum Lageraum für Betriebsmaterialien umgewandelt. Zwei Kolbenampfmaschinen im Werte von 10.500 Talern lieferten die erste Betriebskraft.

Das war der Grundstock der großen Thyssen-Werke, der gerade zur Zeit des Wiener Bankkrachs in den 70er Jahren die allergrößten Belastungsproben zu ertragen hatte, die nur durch große Emsigkeit und geniale Tüchtigkeit weitgemacht werden konnten.

Das Unternehmen fand im Laufe von Jahrzehnten einerseits den Weg zu Fertigerzeugnissen bis zum Bau von Maschinen, anderseits zu den Rohstoffen und Vorerzeugnissen. Dies führte namentlich nach Saarborn zur Gewinnung des Urkohles, indem die dortige Gewerkschaft Deutscher Kaiser erworben und ihr Bergbau immer mehr ausgedehnt wurde. In ihrem Bereich und zugleich am Rhein entstanden dann neuzeitliche Hochofen- und Stahlbetriebe mit großen Verfeinerungswerkstätten.

In klarer Erkenntnis der Wichtigkeit eines preiswerten und ausreichenden Erzbezuges erwarb August Thyssen 1901 und 1902 die ersten ErzkonzeSSIONen in Deutsch- und französisch-Lothringen. 1912 starben der Firma, laut Bergwerkszeitung, schon 6000 Hektar Erzfelder zur Verfügung. Auch in Schweden und in der französischen

Normandie beschaffte sich Thyssen wichtige Erzvorkommen u. a. bei der Stadt Caen und in der Nähe von Cherbourg. 1910 baute er im Lothringener Erzgebiet die großen Hüttenanlagen von Haendelingen, die in 6 gewaltigen Hochofen je 300 Tonnen Eisen zu erzeugen vermochten. U. a. wurde dort auch ein Elektrolysewerk in Betrieb genommen. Haendelingen war vor allen Dingen dazu bestimmt, die Gasfabrikate zu liefern, die in den anderen Hüttenwerken ihre weitere Verarbeitung finden sollten. Der unglückliche Ausgang des Krieges nahm dieses wichtige Glied aus der Kette des Arbeitsbereichs, wie er auch die Erzgruben in Frankreich und Lothringen dem Einfluß des Werkes entzog. Aber Thyssen verzweigte nicht an der Zukunft deutscher Wirtschaftswirtschaft und verstand es geschickt, die durch die neuen Verhältnisse bedingten Umstellungen in seinem Konzern vorzunehmen.

Im Verein mit seiner hochschickenden Arbeiterkraft, seinen Ingenieuren und Kaufleuten, schuf die überragende Großmacht Thyssens die Werke, die an der Spitze der deutschen Volkswirtschaft einen hervorragenden Anteil haben. Und wenn der deutsche Name und der Glaube an seine wirtschaftliche Kraft in der Welt trotz Revolution und der tiefsten innerwirtschaftlichen Störungen noch nicht die ganze Anwartschaft einbüßt haben, dann ist das nicht in letzter Linie den führenden deutschen Wirtschaftlern zu verdanken, unter denen der alte Thyssen mit an der Spitze steht.

Wir standen und wir stehen auf dem Standpunkt, daß nur durch gemeinsame Arbeit aller unter der Führung der berechtigten Interessen und Forderungen der Arbeiter die deutsche Wirtschaft wieder gehoben werden kann. Was wir im Jahre 1918 geschrieben, das hat stets Geltung für die deutsche Metallarbeiterschaft:

Es würde von geringer Kenntnis der Stände- und Staatsaufbauverhältnisse zeugen, wollte man trotz der vielen Härten und Schranken des Unternehmens gegen die berechtigten Bestrebungen der Arbeiterkraft nach dem alten bekannten Rezept im Unternehmer nur den Feind und Ausbeuter erblicken, eine törichte Ansicht, gegen welche die deutsche Arbeiterbewegung stets Front machte. Ebenso töricht wäre es auch, das ungeheure Verdienst des Unternehmens, besonders in der Metallindustrie, am Mühen des deutschen Wirtschaftslebens nicht in seiner vollen Größe anzuerkennen und zu würdigen. Den Thyssen, Krupp, Ganiel, Hartert, Stinnes, Kirdorf und viele Industriefabrikanten alle heißen, meistbildenden eisernen Tatmenschen, verlangt die christl. Arbeiterkraft u. besonders die christl. Metallarbeiterschaft trotz der oft heiklen Kämpfe nicht die Bewunderung, die allem wirklich Großen gezollt werden muß. Ohne

Bezieher der neuen Tageszeitung!

Alle Mitglieder unseres Verbandes, welche die neue Tageszeitung „Der Deutsche“ durch uns bestellen, werden hierdurch dringend ersucht, den Abonnementpreis von Mark 22.50 sofort an den Verlag für Politik und Wirtschaft (G. m. b. H., Berlin W. 35, Potsdamerstraße 45, Postfachkonto Berlin Nr. 87648) einzulösen. Die Post zieht den Abonnementbetrag nicht ein.

Die Tageszeitung erscheint bestimmt erstmalig am 1. April ds. Js. Wer also die Zeitung von Beginn an zugestellt haben will, muß unter allen Umständen den Abonnementbetrag von Mark 22.50 für das 2. Quartal an obengenannte Adresse sofort einlösen.

Seien wir uns einig, daß der „Deutsche“ unsere Zeitung ist und daß es stets unsere Aufgabe sein muß, dieser den Betrieb und die Durchföhrung in jeder nur möglichen Form zu erleichtern.

die Energie und den Schaffensdrang dieser Männer, die aus kleinen Anfängen Eisenkonzerne schufen, in denen Millionen deutscher Arbeiter Arbeit und Brot finden. Würde es um das deutsche Wirtschaftsleben und damit auch um das Fortkommen der deutschen Arbeiterkraft wahrlich nicht gut.

August Thyssen, der halb achtzigjährige, ist ein Beispiel von Pflichttreue und höchster Arbeitsleistung. Die christliche Metallarbeiterschaft würdigt dem Manne, der aus kleinen Anfängen heraus ein Stück deutscher Volkswirtschaft mitgeschuf, daß ihm der Aufstieg des deutschen Lebens zu sehen noch vergönnt sein möge.

Dumping.

Von den Ententeländern wird dauernd über deutsches Dumping geklagt. Die Entente sollte ihre Aufmerksamkeit einmal auf Frankreich richten. Französische Firmen liefern Bleche nach dem Auslande, besonders nach der Schweiz, weit unter dem französischen Inlandspreise. Sie gemähren auf die Inlandspreise einen Nachlaß von 40 Franken für 100 Kilo. Das sind fast 40 Prozent der derzeitigen französischen Weltpreise. Dabei ist der französische Franken ungefähr 2 1/2 mal niedriger als der Schweizer Franken. Dieser Fall von französischem Dumping steht nicht vereinzelt da.

Dividenden:

- Bereinigte Berlin-Frankfurter Gummiwarenfabriken 15 v. S. (wie im Vorjahre.)
Krefelder Teppichfabrik G.-G. 32 v. S. (30 v. S.)
Stahlwerk Mannheim A.-G. 15 v. S. (8 v. S.) und 5 (0) v. S. Bonus.
Gogolin-Graasdorf Kalk- und Zementwerke A.-G. 30 (15) v. S.
Schiffbau A.-G. für Portland-Zement-Fabrikation zu Großschiff 30 (10) v. S.
Kunststoffwerke May A.-G. in Dresden 14 (12) v. S.
Mitteldeutsche Bodenkreditanstalt Greis 4 1/2 (0) v. S.
Berliner Pumpenfabrik A.-G. vorm. Max Brandenburger 7 (6) v. S.
G. Feibich A.-G. Berlin 15 (10) v. S.
Leipziger Steingutfabrik Colbitz A.-G. wieder 26 v. S. Dividende und 100 M. Bonus.
Verein chemischer Fabriken in Reiz 15 (12) v. S. und ein Bonus von 20 (15) v. S. auf das verobobte Aktienkapital.
Kannengarnspinnerei Düsseldorf 10 v. S. i. B. 8 v. S.
Bereinigte Portland-Zement- und Kalkwerke Schmirhohm, Seifia und Frauendorf A.-G., Oppeln, 25 v. S. gegen 15 v. S. im Vorjahre.
Württembergische Notenbank 5 v. S. (i. B. 4 v. S.)
Hannoversche Waggonfabrik A.-G. 20 v. S. (wie im V.) nach 5,11 (083) Mill. M. Abschreibungen.
Vogtländische Bleicherei- und Appreturanstalt A.-G. in Reizsch 20 v. S. (15 v. S.).

Bekanntmachungen

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag 10. April der 13. Wochenbeitrag fällig für die W. vom 10.-17. April.

Es erhalten die Genehmigung zur Erhebung folgender Beiträge:

Bremen ab 14. Woche: 1. Klasse 5.50, 2. Klasse 4.50, 3. Klasse 3.00, 4. Klasse (Lehrkräfteklasse) wie bisher 1 Mark. Außerdem jeden Monat 1 Mark. Ertragsbeitrag.

Meiße-Neuland: 1. Klasse 5 Mark., 2. Klasse 3.50, 3. Klasse 2.50 Mark., 4. Klasse 1 Mark.

Trainsort ab 13. Woche: 1. Klasse 5 Mark., 2. Klasse 4 Mark., 3. Klasse 3 Mark. Zugendklasse 1 Mark. Delegiertensteuer 1 Mark. Nichtbefolgung hat den Verlust statutarischer Rechte zur Folge.

Verbandsgebiet

Bremen. Die Wahl der Beisitzer zum hiesigen Gewerbeamt am 13. März liegt hinter uns. Von circa 30.000 Wahlberechtigten haben nur 7187 ihr Wahlrecht ausgeübt. Das sind nicht einmal 25 Prozent. Es scheint so, daß dort, wo der sozialdemokratische Bremer Arbeiter keine radikalen Neben- oder Tatn vorbringen kann, er einfach weg bleibt. Der Ausfall dieser Wahl berechtigt zu dieser Annahme. Es ist ja auch viel leichter für eine gewisse Art von Menschen, politische Rechte herbeizuföhren, als die Masse oder sich selbst für die Meinbarkeit der gewerblichen Rechtsprechung zu interessieren. Erfolgreicherweise hat die christlich organisierte Arbeiterbewegung in Bremen mehr Anteilnahme an dieser Wahl bekundet. Sie hat die gegenüber den 659 sozialdemokratischen Stimmen 524 für ihre eigene Liste auf mit dem Erfolg, daß ein Beisitzer der christlich-nationalen Liste somit gewählt ist. Sätten unsere Mitgliebr sich nicht nur auf die sozialdemokratischen Arbeiterkräfte beschränkt, sondern die Wahlberechtigtenmasse verlassen, sondern sich diesen selbst rechtzeitig beforat, so könnte auch der zweite Beisitzer mit leichter Mühe durchgebracht werden. Die Lehre aus dieser Wahl für uns ist die, daß wir das nächste Mal weniger gleichgültig den Dingen gegenüberstehen.

Amberg. Am 20. März fand hier unsere Generalversammlung statt. Der Geschäftsbericht wurde vom Kollegen Unner gelesen. Wir entnehmen demselben folgendes: Die Metallarbeiterschaft in der Verwaltungsverwaltung Amberg war im Jahre 1920 im Durchschnitt 3100. Die Ausnahme gegen das Jahr 1919 betrug 328. An Beitragsmarken wurden 150.689 Stück umgeseht; der Durchschnitt betrug etwas über 50 Beitragsmarken pro Mitglied und Jahr. Die Gesamtentnahmen für die Hand- und Lohnsteuer betragen 271.756,41 Mark. Die Ausgaben 124.214,10 Mark. Davon an Unterföhnungen allein über 60.000 Mark. Auch in der Jugendbewegung sind wir im Jahre 1920 ein gutes Stück vorwärts gekommen. Seit Herbst des Jahres 1920 hat sich die Zahl der Jugendlichen und einige Kollegen der Jugendabteilung verbredert zu den schönsten Hoffnungen. Die Verammlungsstätigkeit war im vergangen Jahre sehr regen. Insgesamt fanden 20 öffentliche Verammlungen, 99 Mitgliederverammlungen und 22 Werkstatthebungen sowie 474 Vereinstrammlungen und sonstige Sitzungen statt. Unterrichtsarbeit fanden 2 statt und zwar einer in Verbindung mit dem christlichen Gewerkschaftsrat für die älteren Mitglieder, während für die Mitgliedsler der Jugendklasse ein eigener Kursus abgehalten wurde. Vorträge und sonstige Vorträge wurden in großer Anzahl unter den Mitgliedern abgelehrt. Ferner wurden für die Arbeiterkraft der verschiedenen Werke Lehrkurse abgehalten, die Lohnkürzungen bis zu 20 und 22 Mark. pro Schicht brachten, die aber nicht imstande waren, die Teuerung auszugleichen. Die Gesamtsumme, die für die Mitglieder des Verbandes herangezogen wurde, übersteigt die Summe von 8 Millionen. Der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse wird auch im laufenden Jahre das größte Augenmerk zugewendet. Leider muß festgestellt werden, daß besonders in den handwerksmäßigen Betrieben die Meister von einer Entschärfung an die Lehrlinge wenig oder gar nichts wissen wollen und den dahin gehenden Bemühungen den allergrößten Widerstand entgegenstellen. Hoffentlich sehen auch diese Herren bald ein, daß man mit den früheren Zuständen nicht mehr auskommen kann und regeln sobald wie möglich auch ihre Verhältnisse.

Besondere Aufmerksamkeit wurde der Rechtschutz- und Ausfuhrverteilung zugewendet. Die Mitglieder und ihre Angehörigen erhielten in allen vorkommenden Fällen unentgeltlich Rat und Auskunft, außerdem wurden unentgeltlich über 450 Schriftsätze angefertigt, und eine ganze Reihe von Vertretungen vor den verschiedenen Behörden übernommen. Auch auf diesem Gebiete wurden den Mitgliedern ganz bedeutende Summen an Renten, Entschädigungen und sonstigen Ansprüchen geföhrt. Erwähnt sei ferner die Tätigkeit in der Erwerbslosenfürsorge, im Wohnungswesen, in der Warenvermittlung.

Auf der Tagesordnung stand weiter die Neuregelung des Unterföhnungs- und Beitragsverfahrens. Kollege Ungert begründete in längerer Ausführungen die Notwendigkeit der Erhöhung der Beiträge, wiewohl auch in namentlicher Abstimmung gegen wenige Stimmen angenommen worden ist. Die Beiträge betragen jetzt in der 1. Klasse 5 Mark., in der 2. Klasse 4 Mark., in der 3. Klasse 2,20 Mark., in der 4. Klasse 1 Mark. für Handwerkslehrlinge 0,50 Mark. Die anfangs actätigte Verhandlung ergab mit wenigen Ausnahmen die leibterge Wiederwahl der Vorstandsmitglieder. Als Vorsitzender wurde wieder Kollege Schürmann gewählt. Mit einem Worte des Dankes an die Mitarbeiter und mit Aufforderung an die Kollegen, besonders die nächste Zeit richtig für die Vertretung auszuüben und bei den bevorstehenden Betriebsratwahlen ihre Pflicht zu tun, wurde die schon verlaufene Verammlung geschlossen.

Berlin. Von Montag, den 6. Juni bis Samstag, den 2. Juli 1921, veranstaltet das Berliner Landessekretariat des Volksvereins für das katholische Deutschland in Berlin einen wöchigen Kursus über volkswirtschaftliche und staatsbürgerliche Fragen der Gegenwart. Es werden insbesondere folgende Gegenstände behandelt: Grundbegriffe der Wirtschaft, das Werden der Volkswirtschaft, die Lage der deutschen Volkswirtschaft vor und nach dem Kriege, Wirtschaft und Staatsfinanzen die Lage unserer landwirtschaftlichen Erzeugung und die Ernährungspolitik, die Formen wirtschaftlicher Unternehmung, Gewerbe, Handwerk, Handel, der kapitalistische Großbetrieb, der Sozialismus, die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung, Reformfragen der Arbeitervertretung, des Arbeiterlohnes und des Arbeitsrechts, die Betriebsräte, Tarif-, Einigungs- und Schlichtensachen, Erwerbslosenfürsorge und Arbeitsnachweis, Wohnrecht, Wohnungs- und Erziehungswesen, Wohlfahrtspflege, Wandlungen in Verfassung und Verwaltung.

Die Kursleitung wird es sich angelegen sein lassen, nicht bloß Kenntnisse über die genannten Gegenstände zu vermitteln, sondern gleichzeitig auch den Geist religiös-sittlicher Erneuerung als Grundlage unseres nationalen und sozialen Aufbaues zu pflegen.

Zur Teilnahme an dem Kursus werden eingeladen befähigte junge Leute, die sich schon gewisse wirtschaftliche und soziale Vorkenntnisse erworben und als Vertretungsorganen sozialer Organisationen oder als Betriebsräte tätig betätigt haben oder künftig betätigen wollen.

Die Teilnehmer sind während des ganzen Kuriums unter einem Dach vereinigt. Die Vorträge werden morgens gehalten von 8 bis 1 Uhr, der Nachmittag ist dem Privatstudium, der Abend gemeinsamen Wiederholung und profitablen Übungen gewidmet.

Die Teilnahme am Kursus ist kostenfrei. Die Kuristen tragen nur die Kosten für Wohnung (Einzelzimmer) und Verpflegung. Hierfür werden von dem betreffenden Hause 25 M. pro Tag und Person erhoben. Unter gewissen Voraussetzungen können Stipendien gewährt werden.

Wir machen darauf aufmerksam, daß die Teilnahme am Kursus keinen Anspruch auf eine spätere Anstellung bei Irrenden einer Organisation bietet. Die Kuristen müssen sich vorher versichern, daß sie nach Beendigung des Kuriums in ihr früheres Arbeitsverhältnis wieder eintreten können.

Meldungen und Anfragen sind zu richten an das Landessekretariat des Volksvereins, Berlin E.W. 48, Wilhelmstraße 87/11. Von dort können auch ausführliche Programme bezogen werden. Die Meldungen müssen bis spätestens Mitte April vorliegen. Dem Gesuch um Aufnahme ist beizufügen: ein selbstverfaßter Lebenslauf mit Angaben über die bisherige praktische soziale Betätigung, über die Ausübung der nötigen Mittel und über Personen und Organisationen, bei denen die Kurulisteit nähere Erläuterungen einsehen kann, sowie ein ärztliches Zeugnis.

*

Sozialistischer Terrorismus gegen Andersdenkende.

Garagehölzer. Ein laum gläubiger Vorfall ereignete sich vor Kurzem in der Formerei der Maschinenfabrik Ehrhardt u. Schner u. G. Zwei christlich organisierte Formere traten in diesen Betrieb ein. Nachdem die Herr. Arbeiter einige Stunden gearbeitet hatten, trat ein Mitglied des sozialistischen Metallarbeiterverbandes an die beiden heran und fragte sie nach ihrer Verbandszugehörigkeit. Die beiden Formere erklärten, Mitglieder des christlichen Metallarbeiterverbandes zu sein, worauf ihnen von dem Sozialisten erklärt wurde der Betrieb sei „gesperrt“ und müßten sie hier die Arbeit verlassen, andernfalls die ganze Formerei und die Werkstätte in Arbeit nicht mehr würde. Da die beiden christlich organisierten Arbeiter als Sachverständige eintraten, wurde ein sofortiges Niederlegen der Arbeit: ein ungeheurer Schaden entstehen würde der letzten Endes hoch, wenn auch indirekt, der Arbeiterschaft zur Last ließe, wichen sie bei rotem Terror und dem Terror der roten Freiwirtschaften und verließen vorläufig den Betrieb. Das letzte Wort in der Angelegenheit ist noch nicht gesprochen. Die Zeiten sind im Saargebiet endlich vorbei, in denen christliche Gewerkschaftler vor roten (früher übergebenen) Maulhelden das Feld räumen.

Wie es mit der „Sperr“, die der gewaltige „Deutsche“ verhängt hat, ohne sich irgendwie mit den anderen Organisationen zu verständigen? Anfang Dezember hatte sich ein Mitglied des roten Metallarbeiterverbandes mit einem ebenfalls roten Vorarbeiter überworfen. Auf einmal wurde dem ersten, einem zielbewussten Kommunisten, die Arbeit gekündigt. Hatte der Vorarbeiter etwas damit zu tun? A. E. Wenn nun die Klassenbewußten Genossen, die den Betrieb leiten wollen, glauben, daß dem gewaltigen Arbeiter Unrecht geschah, so konnten sie erstens die Firma interpellieren, zweitens, blieb diese Interpellation ohne Erfolg, geforderten die Kündigung einreichen und dadurch sich mit dem Entlassenen solidarisch erklären. Aber weit gefehlt. Zu dieser Tat, die auch hätte etwas kosten müssen, fehlte der Mut. Man „verhängte“ über den Betrieb der „Sperr“, allerdings erst am 8. Februar, nachdem im Dezember schon die Entlassung erfolgt war und schaffte in aller Eile Ruhe weiter. Dies umso mehr, als der Entlassene in einem anderen Betriebe Arbeit gefunden hat und überhaupt nicht mehr zu seiner alten Arbeitsstelle zurück will. Nun wird jeder Gewerkschaftler sagen, ja, warum denn eine Sperr, wo doch kein Lohnstreik, keine Kündigung, die Entlassung schon über drei Monate zurückliegt, ohne daß die Arbeitskollegen des Entlassenen außer ein Paar radikalen Ertönen, etwas für den Betroffenen getan haben? Der diese Frage stellt, vergißt, daß es bei den „Mäxtern“ im Betrieb darum dreht, hübsch „unter sich zu bleiben“ und daß die beiden neuen Arbeiter „Christen“ sind.

In eine lächerliche Situation hat sich noch keine Organisation gebracht, als diesmal der sozialistische Metallarbeiterverband durch das Vorgehen seiner Terroristen bei der Firma Ehrhardt und Schner, die aus Eigennutz Schlimmer gegen ihre eigene Standesgenossen vorgehen, als der reaktionärste Unternehmer.

Es war selbstverständlich, daß die Genossen beruhen, sich mit allen Mitteln aus der Patsche herauszuziehen. In einer Betriebsversammlung für die Arbeiter und Formere der Firma sollte der große Wurf gelingen. Als „Christenführer“, trat ein tüchtig aus Hamburg nach dem Saargebiet importierter Herr Saalfeld auf der einen Seite vor in einer Versammlung stolz erklärte „er sei nicht getauft“. Der ungetaufte Herr Saalfeld der schon in verschiedenen Konferenzen des sozialistischen Metallarbeiterverbandes allerhand Mittel zur „Abtreibung“ der „Christen“ im Saargebiet zum besten gegeben, versuchte erst durch eine ganz demagogische Heze gegen die „Christen“ die „Volksheute“ zum Stochen zu bringen. Nach langen Verhandlungen gelang es unsern Vertretern zu Wort zu kommen. In ruhiger Weise zeigte derselbe wie verkehrt die ganze Sache angegangen sei, und das durch diese Art von Sperr dem einzelnen Kollegen wie auch der gesamten Arbeiterschaft nicht geholfen sei.

Nun entschloß sich den Genossen ein wunderbares Geständnis. Als der Arbeiter, um den sich die Sache dreht, Anfang Dezember u. Z. entlassen wurde, legten bekanntlich die Mitkollegen die Arbeit eine Schicht nieder. Eine Deputation zog auf das Büro des „Deutschen“ (!) Dort wurde ihnen gesagt, die Arbeit wieder sofort aufzunehmen, für den Verband sei die Sache erledigt, es sei nichts zu machen. Die Abordnung zog ab. Nach einigen Wochen zogen alle die Unentwegte wieder nach dem Büro und dann verhängte der gewaltige „Deutsche“, ohne die anderen Organisationen zu benachrichtigen, die „Sperr“. Damit glaubte man den Arbeitern die Augen zugemacht zu haben. Nach den anderen Organisationen brachte man ja nicht zu fragen. Auch die Hirsch-Dunker hatten keine Sperr verhängt.

Mit Mühe und Not konnte unser Vertreter den ganzen Wiberstand der Sache klar legen, um dann niederzubrechen zu werden. Die Tage aus dem Saal ließ Herr Saalfeld. Er bewachte, wenn der Deutsche die Sperr verhängte, habe sich das „Organisationsbüro“ der Christen zu fügen. Zum Schluß schimpfte Herr Saalfeld wie ein Hochpriester auf das Christentum und „Waffen“.

Die Höhe bildete nun das folgende Schreiben, das unserer Geschäftsstelle in Saarbrücken von Herrn Saalfeld zugeht. Es lautet: Von unsern Vertrauensleuten bei der Firma Ehrhardt u. Schner wird uns mitgeteilt, daß die beiden, Ihrer Organisation angehörende Formere nicht gewillt sind, die von uns wegen Abregelung und Nichtanerkennung der Organisation verhängte Sperr, zu revidieren. Es ist den beiden Kollegen eine nochmalige Frist bis zur Beendigung ihrer letzten Schicht gewährt worden, wo sie erklären sollten, ob sie sich der Sperr fügen wollen oder nicht.

Wir erlauben uns die Anfrage, ob Ihre Organisation gewillt ist, die auf Grund eines Mehrheitsbeschlusses (wobei auch die zu Ihrem Verbands gehörigen Kollegen dafür gestimmt haben) verhängte Sperr anzuerkennen und zu veranlassen, daß die beiden in Frage kommenden Kollegen die Solidarität wieder herstellen und die Arbeitsstelle veranlassen.

In Erwartung, daß dieses unverzüglich geschehen wird, zeich-

net Max ist sich im Zweifel, was man mehr bemerken soll, die Dummheit oder die Unmöglichkeit dieses Schreibens, vielleicht beides zusammen. Recht respektiert hat man jetzt einen andern Grund in den Vordergrund gehoben, die Nichtanerkennung der Organisation.

Darum war bis heute noch nicht die Rede, auch nicht in der Sperrnot der Genossen. Man hat gesehen, daß man sich mit dem ersten Grund in die Fesseln gelegt und sucht nun einen neuen. Mit diesen Mitteln wird man die Entwicklung des christl. Metallarbeiterverbandes nicht aufhalten, ebensowenig die Erklärung des „Deutschen“ durch die von Moskau dirigierten Kommunisten. Im Gegenteil der „Christliche“ markiert.

Branchenbewegung

Sensenschmiede.

Am Sonntag, den 6. März fand morgens 11 Uhr in Mülckede Nr. Arnberg eine Sensenschmiedekonferenz für den 3. Bezirk unseres Verbandes statt, welche sehr gut besucht war. Alle Werke hatten Delegierte entsandt. Kollege Schumacher eröffnete die Konferenz mit herzlich Worten der Begrüßung auf die Bedeutung der Branchenkonferenzen hinweisend. Anschließend sprach Kollege Klasmeyer, Meheim über die Bedeutung des Sensenschmiedeverbandes unter Berücksichtigung seiner Eigenart und historischen Entwicklung. Der Sensenschmied, so führte Kollege Klasmeyer aus, gehört zu den erstenklassigen Spezialarbeiten, da persönliche und fachliche Tätigkeit wie Materialkenntnis usw. eine große Rolle spielen. Leider ist dieser Beruf äußerst gesundheitsschädlich. Man hat festgestellt, daß der größte Prozentsatz aller Sensenschmiede nach langjähriger Tätigkeit der fast völligen Taubheit verfallen. Auch Nervenzustörungen treten in diesem Beruf vielfach auf. Infolge dieser Eigenarten, und der körperlich schweren Arbeit muß selbstverständlich auch die Entlohnung eine dementsprechende sein. Leider konnte das bisher in allen Bezirken unseres Verbandes nicht festgestellt werden. Während die Sensenschmiedfabrikanten Preise durch das Subsidat einseitlich festgelegt haben, sind die Löhne noch sehr groben Schwankungen unterworfen. Den Bestrebungen, einen Reichstaxi zustande zu bringen, stehen u. S. noch großen Schwierigkeiten entgegen. Wenn etwas erreicht werden soll, ist ein einheitliches Zusammenarbeiten aller beteiligten Organisationen erforderlich. Leider betreibt der Sozialdemokratische Metallarbeiterverband Einspännerpolitik, und verachtet den christlichen Metallarbeiterverband auszuscheiden. Auch zu der letzten Reichskonferenz waren andere Organisationen nicht geladen worden. Durch Ausschluß der dem christlichen Metallarbeiterverband angehörenden Sensenschmiede schaltet man einen der größten Sensenschmiedbetriebe Norddeutschlands, welcher bis auf 2 Bezirke dem christlichen Metallarbeiterverband angeschlossen ist, völlig aus. Eine solche Politik muß selbstverständlich den Bestrebungen nach Einheit-

Du hast

keinen neuen Kollegen im März für unsern Verband

gewonnen?

Es ist höchste Zeit, daß du das im April nachholst. Jeder christlich organisierte Metallarbeiter muß ein Agitator für den Verband sein.

lichen Löhnen und Arbeitsverhältnissen hindern im Wege stehen. Die christlich organisierten Sensenschmiede werden sich dadurch nicht beirren lassen, sondern auf dem als richtig erkannten Wege weiterarbeiten. In den Vortrag des Kollegen Klasmeyer schloß sich eine rege Aussprache über Entlohnung und sonstige Branchenfragen an, woran sich besonders auch die Kollegen von Sasse und Hagen-Delstern beteiligten. Alle Kollegen waren der Ansicht, daß die Konferenz sehr fruchtbringend gewirkt hat, und in Zukunft unbedingt wiederholt werden muß. Mit dem Versprechen unermüdet für die geistige und materielle Hebung des Sensenschmiedberufes in enger Mitarbeit des christlichen Metallarbeiterverbandes tätig zu sein, schloß der Vorsitzende die Konferenz.

*

Formere und Giebereiarbeiter.

Bielefeld. Eine wirkungsvolle Formere- und Giebereiarbeiter-Lagung fand am 6. März im Vereinslokal der Bielefelder Antiquarier durch die hohen Ideale, die unsere christliche Formere- und Giebereiarbeiter-Sektionsbewegung zur Grundlage hat, machten sich in aller Frühe die Delegierten von weit und nah auf den Weg, um an dieser Lagung, die von der Bezirksleitung Hagen angeleitet war, teilzunehmen. Es waren vertreten: Bielefeld, Herford, Schloßholte, Sinningshausen, Brackwehe, Reutenkirchen, Oelde, Miele, Ahlen, Fredekenhof und Hamm.

Nach einer kurzen Begrüßung der zahlreich erschienenen Delegierten durch den Kollegen Hüber, Ahlen, referierte derselbe über die Notwendigkeit der Formere- und Giebereiarbeiter-Branchen-Sektionen innerhalb unseres christlichen Metallarbeiterverbandes. Anschließend sprach der Bezirksleiter Kollege A. E. Hagen, über die Aufgaben der Formere- und Giebereiarbeiter-Sektionen. Er führte u. a. aus: Für die im Giebereierwerbe beschäftigten Arbeiter sind die Branchen-Sektionen innerhalb unseres Verbandes so notwendig wie irgend etwas. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse müssen den kulturellen Verhältnissen sowie der Schwere des Berufes und der Verantwortung entsprechend angemessen sein. In den jetzt bestehenden Tarifverträgen für die Metallindustrie bzw. Giebereien sind die Lohnverhältnisse kaum den Lebensverhältnissen, darob aber nicht der Schwere der Betriebe u. der Verantwortung entsprechend angepaßt. Hier muß in Zukunft eine Revision der Tarifverträge vorgenommen werden. Dieses ist Aufgabe der Branchen-Sektionen. Eine der größten Uebel, die immer noch bestehen, sind die verschiedenen Entlohnungssysteme. Wir wollen nur mal eins, die „Kollektionsbüro“ herausgreifen. Selbstige gehen den Affordlohn, ohne sich vorher mit der Lohnkommission oder mit dem Formere über den Affordpreis zu verständigen, einseitig fest, ob der Formere damit auskommt oder nicht, führt sie nicht. Falls dieser nun durch seinen Affordlohn den tarifl. Lohn nicht erzielen kann, bekommt er vom Meister, so ist es allgemein üblich, was hinzugeschrieben, allerdings auch nach „Ganz und Gabe“. In dieser Entlohnungsart sehen wir kein Mithimmelsrecht. Wir wollen verlangen, daß die Lohnkommission das Recht hat, über den Affordpreis mitzubestimmen. Also, wo noch keine Lohnkommission besteht, muß sie sofort tariflich festgelegt werden. Eine weitere Hauptfrage ist der Fehlgang oder Brackwehe. Wenn den Formere keine Schuld trifft (dieses stellt die Lohnkommission fest), muß ihm das Stück voll und ganz, nicht wie es in den jetzigen Tarifverträgen heißt, mit 70-80 Prozent, bezahlt werden. Ferner

müssen wir verlangen, daß die achtstündige Arbeitszeit innegehalten wird. Man sieht und hört oft, daß diese gerade bei uns, als Schwerarbeiter, überschritten wird, besonders an Viehställen. Weiter sprach Kollege A. E. über die Notwendigkeit der sanitären Einrichtungen in den Giebereien. Da gerade die Giebereiarbeiter besonders unter Staub und Schmutz zu leiden haben, ist es unbedingt erforderlich, daß ausreichende Wasch- und Abwehrvorrichtungen, sowie Ventilationen und Heizkörper vorhanden sein müssen. Dieses läßt im allgemeinen noch viel zu wünschen übrig.

Am Schluß hob der Referent hervor, daß unsere Formere- und Giebereiarbeiter-Sektionen noch große Aufgaben zu erfüllen haben, die sie aber nur lösen können, wenn wir viel geschlossenere und einheitlichere vorgehen; soll dies geschehen, so müssen wir uns über unsere Berufsfragen gegenseitig verständigen. Wir können das nicht in unseren Mitgliederparlamenten, sondern hierzu sind Branchen-Versammlungen und Formere- und Giebereiarbeiter-Konferenzen dringend notwendig. Fernerhin ist es notwendig, daß die Giebereiarbeiter-Branchen-Sektionen weiter ausgebaut werden, und wo solche noch nicht bestehen, müssen sie gegründet werden.

Einen breiten Raum nahm die Diskussion über die vom Referenten Kollegen A. E. angeführten Fragen ein. Seine Ausführungen wurden allgemein bestätigt; ferner, daß für die Ausbildung der Lehrlinge viel zu wenig geschehe. Die Folge sei, daß durch den ganzen Beruf leide. Auch wurde angeregt, daß in der allernächsten Zeit Fragebogen herauszugeben werden sollen, um die Zustände in den Giebereien festzustellen.

Kollege Hüber sagte das Ergebnis der Tagung in seinem Schlußwort zusammen und betonte, daß vom christlichen Metallarbeiter Verband weber Mühen noch Kosten gezeichnet werden, um die berechtigten Wünsche der Formere- und Giebereiarbeiter wahrnehmen zu können. Wer außer von den Formere- und Giebereiarbeitern an der Stärkung unseres Verbandes arbeitet, der arbeitet dadurch auch gleichzeitig mit an der Verbesserung und Ausarbeitung unserer Tarifverträge. Darum Kollegen allerorts auf zur Arbeit, damit wir dieses große Ziel zum Wohle unseres Berufes und unseres Verbandes erreichen können!

Gelbeingänge bei der Hauptkasse im Monat Februar.

- Kattowitz 60.000, M. Glaback 11.500, Schramberg 21.027,05, Neumieb 20.000, Delle 3304,15, Veldorf 16016,34, Freyberg 1214,30, Höpfer 505,00, Erberg 2095,35, Weisenburg 500, Velsberg 196,20, Neumieb 5822,30, Barmen 4000, Culau 449,00, Dillfeld 203.047,47, Werhöl 43.650,00, Hochum 128.062,18, Halse 300, Gittingen 1521,05, Schwibus 100, Schweinfurt 11.157,00, Dortmund 34.000, Troisdorf 10.000, Schweiler 4279,17, Breslau 246,84, Ravensburg 4136,63, St. Ingbert 5000, Groß-Nisse 715,30, Lambsort 802,64, Barmen 3000, Neustadt Echl. 808,80, Fulda 4572,87, Esslingen 30.806,42, Hamm 22.733,34, München 11.683,05, Chemnitz 3920,50, Hagen 30.000, Reheim 30.800,23, Olpe 47.257,74, Waldenburg 509,25, Kassel 619,30, Kirchharnen 900,60, Stolberg 5000, Kaiserlautern 17.940,90, Bielefeld 1500, Barmen 500, Mannheim 4000, Schneidemühl 30, Reheim 457,20, Beverungen 521, Dortmund 7000, Eissenburg 27.176,88, Troisdorf 6270,58, Bielefeld 800, Dilllage 2089,45, Gmünd 10.609,16, Regensburg 3686,75, Zuffingen 9738,75, Singen 6231,14, Wachen 41.633,34, Spöckleben 720,36, Freienhagen 318,30, Efer 2000, Bonn 2584,65, Barmen 3000, Düren 6980,79, Danzig 21.760,18, Dänabrad 5900, Sauburg 1720,52, Stolberg 11.000, Magdeburg 3000, M. Glaback 15870, Luwicshafen 2000, Eutitaa 1558,30, Wöllfingen, 3182,80, Biberach 350, Mächernich 22.801,68, Singen 5100, Ebing 11.359,95, Cottbus 66, Bielefeld 600, Duerstadt 1714,90, Bielefeld 1000, Kreisburg 900, Wöllfingen 2511,36, Mannheim 3818,22, Ansburg 11.866,65, Verlohn 31.198,85, Leipzig 503,27, St. Ingert 5000, Dortmund 15000, Troisdorf 50, Nalen 17.067,73, Eichen 38.100,93, Saarbrücken 64.484,39, Köln 37.400,06, Waldbird 500, Langtrich 1490,30, Barmen 2500, Breslau 500, Nurtmannen 1000, Erler 203, M. Glaback 3000, Hagen 26.965,29, Oberkirch 499,95, Bielefeld 1000, Neumieb 4621,23, Biberach 350, Stuttgart 1200, Düren 9000, Kiel 3000, Reine 1000, Silberhelm 1000, Borsheim 1200, Nalen 148,50, Effen 150.000, Duisburg 50.000, Weiel 25.032,03, Schullentrieb 752,49, Duisburg 20.000, Lüdenscheid 8005,55, Duisburg 20.655,58, Dänabrad 44.672, Duisburg 30.000, Saarbrücken 70,25.

„Der Deutsche“

Ist die Zeitung des deutschen Gewerkschaftsbundes, die ziel- und richtunggebend in unserem Vaterlande werden soll.

Jeder Vertrauensmann, der sich über die großen Fragen der Zeit orientieren und einen Wegweiser in seinem staatsbürgerlichen Leben haben will, bestellt die Zeitung „Der Deutsche“ bei seiner Ortsverwaltung.

Wertmeister

finden in allen Fragen Belehrung im Taschenbuch für Wertmeister, Gasmeister, Maschinenbauer, Mechantl., Monteur, Heizentechnik, Installateure und Gewerkschafter. Von Ing. H. F. Schfer, 9. Auflage mit Anhang: Der Gebrauch des Regenmessers. Preis 6 M. Preisliste Nr. 137 kostenl. u. postof.

Dskar Leiner, Buchhandlung für Technik, Leipzig, Königstraße 26 b.

Wir suchen sofort einen Bezirkskartell-Sekretär

Reflektiert wird auf eine tüchtige Kraft, die im Organisationsleben erfahren ist. Bewerbungen sind bis zum 20. April an den Vorsitzenden, Gewerkschaftssekretär Heinz Aretz, M.-Gladbach, Königsplatz 2 einzusenden. Bezirkskartell d. christl. Gewerkschaften M.-Gladbach

Tüchtige, selbstständig arbeitende Monteure für Wagenbau

finden bei sofortigem Eintritt dauernde Beschäftigung bei Hereweg & Wolf, Maschinenfabrik, Hocklughausen L. W. Bruchweg.